

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

18 (21.1.1928)



# Beilage zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

## Die Kriminalität in Baden 1926 und 1925

### II. Die Kriminalität nach Hauptdeliktgruppen und einzelnen Deliktarten

Die Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze werden herkömmlich in dem „abgefürzten Verzeichnis“ des Statistischen Reichsamtes (das neueste findet sich im Band 335 der Statistik des Deutschen Reiches, Seite 51/52) in 4 großen „Hauptdeliktgruppen“ eingeteilt; diese umfassen I. Delikte gegen Staat, öffentliche Ordnung und Religion, II. Delikte gegen die Person, III. Delikte gegen das Vermögen, IV. Amtsdelikte. Neuerdings (im Band 335 a. a. O.) erscheinen als V. Hauptdeliktgruppe die Delikte gegen Vorschriften des Militärstrafgesetzbuches, die aber ihrer geringen, auf Baden treffenden Gesamtzahl (7) wegen aus dieser Betrachtung wegbleiben können.

An der erwähnten Zunahme der Kriminalität sind alle 4 Hauptdeliktgruppen beteiligt. Es wurden verurteilt:

wegen Verbrechen und Vergehen	1926	1925	1926 mehr	in %
I. gegen Staat, öffentliche Ordnung und Religion	12 126	11 370	756	6,6
II. gegen die Person	5 573	4 919	654	13,3
III. gegen das Vermögen	9 960	9 553	407	4,3
IV. im Amte	95	82	13	15,9

I.-IV. Verbrechen u. Vergehen gegen Reichsgesetze überhaupt

	27 754	25 924	1 830	7,1
--	--------	--------	-------	-----

Abgesehen von einer schärferen Zunahme bei den Vermögensdelikten (6,1 gegen 4,3 Proz.) ergeben die Zahlen für die erwachsenen Verurteilten im Gegensatz zu den Frauen und Jugendlichen ungefähr dasselbe Bild wie für die Gesamtzahl der Verurteilten. Hiernach haben die Delikte gegen Staat, öffentliche Ordnung und Religion der absoluten Zahl nach, die Delikte gegen die Person — von den Amtsdelikten abgesehen — verhältnismäßig am meisten zugenommen; es wird sich aber noch zeigen, daß die Zunahme der ersten Hauptdeliktgruppe hauptsächlich auf der Steigerung nicht verbrecherischer Delikte außerhalb des RStGB. und MilStGB. beruht.

Den 95 Amtsdelikten des Jahres 1926 stehen 82 Amtsdelikte 1925 und 51 im Jahre 1913 gegenüber; der jetzige Hochstand dürfte wie im übrigen Deutschen Reich größtenteils im Zusammenhang mit den Vermögensverlusten durch die Inflation und der Knappheit Besoldung zahlreicher Beamten (vgl. den Sonderabdruck der Anlage 2 zum Entwurf eines allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches Seite 17 unten).

Im übrigen geben erst die einzelnen Deliktarten ein genaueres Bild von der Verschiebung der Kriminalität. Wegen der folgenden Delikte sind verurteilt worden:

	1926	1925	1926 ±
<b>I. Delikte gegen Staat, öffentliche Ordnung und Religion</b>			
Widerstand gegen die Staatsgewalt	847	646	+ 201
Sausfriedensbruch	250	197	+ 53
von den nicht eigentlich verbrecherischen Delikten gehören hierher noch			
Überschreitung der Polizeistunde	3069	1963	+ 1106
unbefugter Waffenbesitz	1656	1824	+ 332
Verz. geg. die Arbeitszeitverordnung	397	98	+ 299
dasselbe bezügl. Arbeitszeit der Angestellten	289	454	- 165
dasselbe bezügl. Arbeitszeit in Wäldern und Konditoreien	766	931	- 165
zum Teil gehören auch hierher Autostrafverfahren	2185	2379	- 194
Vergehen gegen die Gewerbeordnung	1333	1247	+ 86
<b>II. Delikte gegen die Person:</b>			
Körperverletzung im ganzen	2234	1857	+ 377
davon qualifizierte Körperverletzung	1685	1830	+ 355
Beleidigung	1776	1524	+ 252
Sittlichkeitsdelikte	761	749	+ 12
Abtreibung	432	521	- 89
Nötigung und Bedrohung	242	192	+ 50
<b>III. Delikte gegen das Vermögen</b>			
Diebstahl im ganzen	2980	3178	- 198
davon Rückfallsdiebstahl	443	478	- 35
davon schwerer Diebstahl	408	450	- 42
Betrug im ganzen	2265	1761	+ 504
davon Rückfallsbetrug	261	206	+ 55
Unterschlagung	1316	1117	+ 199
Urkundenfälschung	543	429	+ 114
Schleierei	347	516	- 169
Sachbeschädigung	469	387	+ 82

Aus dieser Zusammenstellung folgt zunächst, daß an dem Steigen der Verurteilten-Zahlen alle Hauptdeliktgruppen teilhaben und daß bei der I. Hauptdeliktgruppe vornehmlich die nicht verbrecherischen Delikte zugenommen haben.

Im übrigen ist das Bild innerhalb der Hauptdeliktgruppen nicht einheitlich. Was zunächst die Reihenfolge nach der Häufigkeit angeht, steht der Diebstahl an erster Stelle; es folgen: Betrug im ganzen, Körperverletzung im ganzen; Beleidigung, qualifizierte Körperverletzung im besonderen mit je über 1000 Verurteilten; ferner Widerstand gegen die Staatsgewalt, Sittlichkeitsdelikte, Urkundenfälschung, Sachbeschädigung; an 14. bzw. 16. und 17. Stelle stehen Schleierei, Hausfriedensbruch, Nötigung und Bedrohung.

Gegenüber dem Vorjahre 1925 sind zurückgegangen: Die Verurteilungen wegen Diebstahls im ganzen um 6,2 Proz., wegen Rückfallsdiebstahl um 7,3 Proz., wegen schweren Diebstahls um 9,3 Proz., ferner: wegen Abtreibung um 17 Proz. und wegen Schleierei um 1/3. Der gleichzeitige Rückgang bei Diebstahl und Schleierei spricht für die innere Verwandtschaft dieser Delikte; bei beiden ist aber zu beachten, daß der Rückgang der Vorstrafen nicht Schritt gehalten, die Zahl der wegen Diebstahls im ganzen Verurteilten sogar zugenommen hat: es waren 1926 (1925) überhaupt vorbestraft wegen Diebstahls im ganzen 1443 (1422), wegen Schleierei 147 (187); und mehr als viermal vorbestraft wegen Diebstahls im ganzen 491 (502), wegen Schleierei 52 (57). Die Abnahme bei den Abtreibungen ist wohl mit der Neufassung des § 218 RStGB. in Verbindung zu bringen. Zugenommen haben von den kriminellen Delikten in ihrem inneren Verhältnis am meisten der einfache Bankrott von 22 auf 69 und die Untreue von 18 auf 54, von den nicht eigentlich verbrecherischen die Vergehen gegen die Arbeitszeitverordnung von 98 auf 397; im übrigen von den genannten Straftaten ganz besonders der Betrug um 29 Proz., die Körperverletzung im ganzen um 1/3, die qualifizierte Körperverletzung um 1/4, die Beleidigung um 1/3, die Urkundenfälschung um 1/4, der Widerstand gegen die Staatsgewalt um 31 Proz. und die Unterschlagung um 17,8 Proz.; außer bei der letzteren haben sich also die mit Verfehlungen verbundenen Vermögensdelikte bedeutend vermehrt, der Betrug allein um fast ein Drittel. Man möchte ferner zu der Annahme neigen, daß die mit Gewalt oder Rohheit ausgeführten Delikte allgemein zugenommen haben; aber die Steigerung der räuberischen Handlungen von 15 auf 22 gibt hierfür wegen der Kleinheit der absoluten Zahlen kein sicheres Merkmal, und unter den 42 weniger zur Aburteilung gelangten schweren Diebstählen dürfte sich mancher befinden, bei welchem (wenn auch natürlich nur gegen Sachen) Gewalt angewendet wurde. Immerhin spricht für die genannte Annahme die starke Zunahme der qualifizierten Körperverletzung und des Widerstands gegen die Staatsgewalt.

## Badischer Teil Badischer Landtag

(Fortsetzung des Berichtes aus der gestrigen Nummer.)

### Die Eröffnung der Lehrerbildungsanstalten in Freiburg und Heidelberg

Der Präsident teilt den Eingang von Anträgen mit, wonach das Haus beschließen soll, daß die Eröffnung der Anstalten Heidelberg und Freiburg unterbleibt.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Bürgerl. Ver.) schließt sich der Auffassung des Abg. Dr. Oskircher an.

Abg. Hofeins (Dem.) hebt den Wert des praktischen Ausbildungsjahres hervor. Esfreulich sei die Zusicherung, daß die Rückkehr zu dem Vorkriegszustand in bezug auf den Lehrerberuf ausgeschlossen sei. Für den Vorfall als Notstandsmassnahme falle dieses Jahr die Voraussetzung fort. Übernehme die Regierung die Verantwortung für die Eröffnung der Anstalten, so übernehme sie auch dafür die Verantwortung, daß die ausgebildeten Lehrer keinen sozialen Schaden leiden, und namentlich für die zum Teil seit 4 Jahren auf Anstellung wartenden 600 Lehrer gesorgt wird. Diese unverschuldete Wartezeit müsse auf die Dienstzeit angerechnet werden.

Abg. Wolf (Komm.) ist dagegen, daß neue Lehrer herangebildet werden, wo noch so viele beschäftigungslos seien und hungern müßten.

Die Bürgerliche Vereinigung bringt den Antrag ein, die Sache an den Haushaltsausschuß zu verweisen.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Bürg. Vgg.) spricht dafür, Abg. Dr. Glosner (Dem.) dagegen.

Abg. Frau Nigal (Ztr.) verwendet sich für die Junglehrer und verweist auf einen Mangel von mindestens 30 Lehrkräften in der Stadt Mannheim. Falsche Sparankheit habe dazu geführt, daß die Schulverhältnisse in Mannheim heute nicht den Anforderungen einer Industriestadt entsprechen. Die Regierung wünscht, daß der Haushaltsausschuß einmal einen vorläufigen Schulbetrieb in Mannheim beschließt.

Minister Leers stellt fest, daß für den Entschluß der Regierung in keiner Weise politische, sondern nur sachliche Gründe maßgebend waren. Wir gingen davon aus, daß der Bedarf an Lehrern in absehbarer Zeit nicht gedeckt werden kann. Die Regierung habe volles Verständnis für die Not der Junglehrer, die zu lindern nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden geringen Mittel das Mögliche geschehe. 322 Junglehrer erhalten Reichszuschüsse.

Damit ist die Aussprache erschöpft.

Abg. Dr. Oskircher (D. Vp.) erklärt als Interpellant im Schlusswort, daß seine Fraktion die Verantwortung für die Maßnahmen der Regierung ablehnen müsse.

Abg. Mayer-Heidelberg (Soz.) gibt die Erklärung ab, daß die sozialdemokratische Fraktion die Verantwortung trage. Nach weiteren kurzen Bemerkungen der Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Bürg. Vgg.) und Hofeins (Dem.), sowie des Mi-

nisters wird der Antrag auf Zurückverweisung der Angelegenheit an den Ausschuß abgelehnt. Die Abstimmung über die anderen Anträge kann nach der Geschäftsordnung erst nach drei Tagen stattfinden.

Es folgt die Begründung der förmlichen Anfrage der Bürgerlichen Vereinigung betr.

### Stahlhelm und Reichsbanner

durch den Abg. Dr. Schmittbinner. Der Redner führt aus, die Regierung habe in wiederholten Verlautbarungen sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Mitgliedschaft von Schülern beim Reichsbanner gestattet ist, weil dieses eine überparteiliche Organisation sei. Wir stehen auf dem schroff gegenteiligen Standpunkt, und erinnern zum Beweise des politischen Charakters des Reichsbanners an die Vorgänge bei einer Weihnachtsfeier in Konstanz, wo in lebenden Bildern das Offizierskorps verunglimpft und in einem Einakter auf den Bürgerkrieg angespielt wurde. Das deutsche Offizierskorps hat seine Pflicht getan und nicht gezecht und der Unzucht gefrönt. Das Schicksal des deutschen Heeres und seiner Offiziere ist rein. Ich appelliere an das Rechtsgefühl des Herrn Justizministers, der leider fehlt, aber in dieser Sache hierher gehört! Ist die Organisation des Reichsbanners nicht politisch? Bei den weiteren scharfen Ausführungen des Redners erhebt sich große Unruhe im Hause (Abg. Dr. Föhr ruft: Glauben Sie, wir sind auf einem Kaiserhofe? Zwischenrufe auf allen Seiten).

Vizepräsident Maier ermahnt zur Ruhe mit den Worten: Ich bitte, die Achtung des Hauses zu wahren und zu beachten, daß wir nicht auf dem Kaiserhofe sind. Das gilt für alle! Der Redner zitiert dann Äußerungen von Reichsbannerführern, aus denen hervorgehe, daß diese Organisation nie einen Gehl aus ihrem politischen und parteiischen Charakter gemacht habe. Das beweise auch sein Verhalten beim Einzug des Reichspräsidenten in Berlin und Karlsruhe. Der Stahlhelm diene der Volksgemeinschaft (Lachen links). Für die Regierung gibt es nur zwei Wege: Entweder sie erklärt beide Organisationen für politisch, oder sie sieht in beiden eine überparteiliche vaterländische Organisation.

Abg. Bauer (D. Vp.) begründet eine förmliche Anfrage, worin gefragt wird, ob die Regierung bereit sei, die Zugehörigkeit von Schülern zum Reichsbanner in gleicher Weise zu verbieten, wie sie das hinsichtlich der Zugehörigkeit zu anderen politischen Organisationen getan hat. Es sei verständlich, daß ein Offizier, wie der Vorkredner es war, der 4 Jahre lang seine Pflicht im Kriege getan hat, aufs tiefste innerlich beweget sein muß, wenn er vor solch schmutzigen Darstellungen steht, wie sie im Reichsbanner Konstanz gezeigt wurden. In der Verurteilung dieser Vorkommnisse müßten alle anständigen Menschen einig sein. Man möge auch jetzt ein Beispiel statuieren, wie man es früher bei anderer Gelegenheit getan habe. In Konstanz sei die Luft vergiftet worden. Wir halten das Reichsbanner für eine ausgesprochene Parteiorganisation. Es zu verbieten, das verlange die Neutralität der Regierung. Der Redner spricht zum Schluß in Worten höchster Anerkennung vom deutschen Offizierskorps, das zu 25 Prozent unter der Erde liege. Er könne es nicht zulassen, daß seine alten Kameraden, die ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit getan haben, beschimpft werden. Es seien auch mehr aktive Offiziere für die Republik gefallen als Reichsbannerleute.

Minister des Kultus und Unterrichts Leers: Aus der Interpellation des Abg. Dr. Schmittbinner ging nicht hervor, daß man die parlamentarische Behandlung in Anwesenheit des Justizministers wünsche. Die Regierung hält auch heute an dem Standpunkt fest, daß das Reichsbanner eine unpolitische Organisation ist, da es sich laut Statut den Schutz der Staatsform zur Aufgabe gemacht hat und somit einem vaterländischen Zweck dient. Die Vorgänge in Konstanz stellen zwar eine bedauerliche Entgleisung dar, lassen aber keineswegs den Schluß zu, daß das Reichsbanner politisch sei. Es soll politisch sein, weil die Gegner in dem Eintreten für die Republik eine politische Handlung sehen. Wir erblicken darin aber eine vaterländische Tat. Man kann sich angesichts des Vorgehens gegen den Vorsitzenden des Reichsbanners in Konstanz des Eindruckes nicht erwehren, daß dabei die Absicht besteht, diesen unabwequamen Mann aus Konstanz zu entfernen. Der Minister schließt: Ich bin nicht in der Lage, Konsequenzen im Sinne der Interpellanten zu ziehen.

Zur Aussprache sind bereits 6 Redner gemeldet. Abg. Dr. Föhr (Ztr.) wendet sich gegen die Art, wie der Abg. Dr. Schmittbinner das Erscheinen des Justizministers verlangt hat.

Der Präsident teilt mit, daß folgende gemeinsame Anträge der Bürgerlichen Vereinigung und Deutschen Volkspartei eingegangen sind:

1. Der Landtag ersucht die Regierung, die Zugehörigkeit von Schülern zum Reichsbanner zu verbieten, wie sie es in gleicher Weise gegenüber anderen Organisationen getan hat.
2. Der Landtag mißbilligt das Verhalten der Regierung und spricht ihr das Mißtrauen aus.

Nächste Sitzung nachmittags 1/4 Uhr.

Schluß 1 Uhr.

D.3. Karlsruhe, 20. Jan.

In der Nachmittagsitzung tritt das Haus in die Aussprache über die Interpellationen

### Reichsbanner — Stahlhelm

ein. — Haus und Tribünen sind gut besetzt.

Abg. Reinbold (Soz.) führt aus, Herr Schmittbinner habe offenbar das in der Weihnachtsfeier des Reichsbanners Konstanz dargestellte Bild, das die Front und die Stappe einander gegenüberstellt, nicht begriffen. Trotzdem hätte der Glaubensstand des Reichsbanners gewünscht, daß das Bild nicht gedruckt worden wäre, denn im Reichsbanner befänden sich auch Offiziere und Generale. Der Abg. Dr. Schmittbinner habe den Wahrheitsbeweis für die Behauptung, daß das Reichsbanner eine politische Organisation sei, nicht erbringen können. Wer hat den Bürgerkrieg entfesselt? Erinnern wir uns an den Kapp- und Hitlerputsch. Wir haben Beweise dafür, daß der Stahlhelm ganz positiv darauf hinarbeitet, die Staatsform zu zerstören, sei es durch einen kalten Putsch, sei es durch bewaffnete Gewalt. In einer Stahlhelmskonferenz im Dezember zu München habe der Führer Selbste ein Programm entwickelt, wonach sich der Stahlhelm nunmehr auch den Reichstagswahlen zuwenden, also Mandate erobern will. Der Stahlhelm, so fährt der Redner fort, sei eine staatsfeindliche Organisation. Es entspreche daher einem Gebot der Selbsterhaltung und Selbsthaltung der Republik, den Schülern die Zugehörigkeit zu verbieten. Die Regierungserklärung sei um deswillen erfreulich, weil



Die in dem Reichsbanner eine staatsbehaltende Organisation erblickt und zeigt, daß wir in Baden eine republikanische Regierung besitzen. Abg. Reinhold wendet sich dann gegen die Wahrung der neuen Reichsflaggen, einer Folge des Geistes, der vielfach noch an den Mittelschulen herrsche, und schließlich, jede republikanische Regierung müßte Lehrer und Beamte, die Propaganda machten für politische Parteien und Verbände, die auf den Sturz der heutigen Staatsform abzielen, entfernen. (Während der Rede des Abg. Reinhold kam es wiederholt zu lebhaftem Wortgefecht zwischen rechts und links und großer Unruhe, so daß der Präsident mit der Glocke einschreiten mußte.)

Abg. Scheel (Dem.) hätte gewünscht, daß die Debatte einen jenen und ruhigen Verlauf nimmt. Eine Gerabückung des Offizierskorps würde auch auf seiner Seite entschieden beurteilt, wie man andererseits der Meinung sei, daß das ganze deutsche Volk seine Last am Kriege getragen habe. Einen Fehler habe der Vorsitzende der Ortsgruppe Konstanz (ein Gymnasialprofessor) gemacht, nämlich, daß er die Kontrolle unter seiner Verantwortung unterließ. Nun habe der Minister selbst von einer bedauerlichen Entgleisung gesprochen. Das Vergehen des Professors sei damit hinreichend gesühnt. Ihn in seinem Verufe unmöglich zu machen, gehe nicht an. Vom Standpunkte der Staatsautorität aus habe man genug Langmut gegenüber gewissen Organisationen gezeigt. Die Schülerverbote waren notwendig. Es sei überhaupt ein Unfug, daß Schüler politisiert werden. Die Herren Schmittbrenner und Bauer möchte ich bitten, ihren Einfluß im Sinne der Volksgemeinschaft geltend zu machen, indem man den anderen Verechtigten widerfahren läßt. Das Reichsbanner sei lediglich als Wehrorganisation gegründet worden. Der heutige Staat bedürfe bei den ihm drohenden Gefahren des Schutzes. Wir lehnen den Mißtrauensantrag ab und stimmen der Regierungserklärung zu.

Abg. Großhans (Soz.) stellt als Besucher der Weihnachtsfeier fest, daß das in die Debatte gezogene Bild bei keinem Festteilnehmer Anstoß erregt habe. Auch dem „Spiegel“ habe es gefallen. Man wolle doch nur darauf hinweisen, daß es in der Tat Offiziere gegeben hat, die sich in der Etappe ungenügend benommen haben. Das Bild sei durchaus historisch. Man lese das Buch des Generals Bauer „Der große Krieg“. Dem Reichsbanner sei es nicht im geringsten in den Sinn gekommen, zu verallgemeinern. Die Dinge seien von den Interpellanten beispiellos übertrieben worden. Die gesamte Stahlhelmpresse habe gehetzt: Weg mit dem republikanischen Professor! Ihn, den Schullosen, über die Klänge springen zu lassen, sei ein unerhörtes Verlangen. Die Regierungserklärung treffe das Rechte.

Abg. D. Maher-Karlsruhe (Wirt. Vgg.) führt aus: Die Antwort der Regierung hat uns schmerzlich mißfallen. Der Kultusminister ist als eine Art „Friedensengel“ aufgetreten und hat ein paar Tränlein über die Vorgänge in Konstanz geweiht. Wir hätten eine solche mangelhafte Erklärung nicht erwartet. Daß die Zugehörigkeit zum Reichsbanner ein Bekenntnis vaterländischer Gesinnung sei, dagegen wehren wir uns. Wir sind der Auffassung, daß solche Dinge wie in Konstanz nicht durchgehen dürften. Die Behörde hätte einschreiten müssen. Der Abg. Dr. Schmittbrenner hatte Recht, als er keine Beschwerde auf die ganze Regierung ansahnte. Es geht nicht an, die Vorkommnisse in Konstanz als harmlos und unauffällig hinzustellen.

Staatspräsident und Innenminister Dr. Remmele erklärt: Nur wenige Worte! Man könnte meinen, die Welt hält den Atem an ob der Verhandlungen in diesem Hause. Es gibt draußen Vertreter der Wirtschaft und anderer Berufskreise, die gegenüber einer so breiten Behandlung derartiger Angelegenheiten nicht mehr die richtige Einstellung finden, und sich Schlußfolgerungen ziehen, die der Existenz des Hauses nicht dienlich sind. Wir lehnen es ab, einen Tadel anzunehmen, wenn ein dienstlich verhandelter Minister nicht hierherkommen kann, zumal wenn er weniger an der Sache interessiert ist. Zu meiner Äußerung, daß das Reichsbanner sehr viel zur Entgiftung der Atmosphäre beigetragen habe, stehe ich noch heute. Der Minister erinnerte an die Notwendigkeit der Gründung des Reichsbanners. Seitdem habe sich das öffentliche Leben ruhiger und sachlicher gestaltet. Was soll aus diesen hundertfachen Verhandlungen herauskommen? Soeben hat der Reichsinnenminister das Material angefordert, weil die Sache auch im Reichstage zur Erörterung gelangen soll (Bewegung — lebhaftes Röcheln). In Norddeutschland soll es Leute geben, die meinen, bei uns ginge es zu wie in Wildbeut. Mit dem Abg. Scheel möchten wir wünschen, daß wir einen Zustand bekämen, daß man die beiderseitigen Organisationen nicht mehr kennt. Das wäre im Interesse des Volkes gelegen. Aber einstweilen haben wir diesen Zustand leider noch nicht.

Generalstaatsanwalt Dr. Gafner bemerkt, daß ein Zusammenhang mit der Justiz aus dem Tenor der Interpellation nicht zu erkennen war. Glaube man an eine strafbare Handlung, so wäre die Konstanz Staatsanwaltschaft die zuständige Instanz gewesen.

Abg. Schred (Komm.) sieht in dem Stahlhelm eine faschistische Organisation. Reichsbanner wie Stahlhelm hätten letzten Endes die Aufgabe der Niederhaltung des Profetariats im Auftrage des Großkapitals (Lachen bei den Sozialdemokraten).

Abg. Bauer (D. Sp.) bleibt dabei, daß das Reichsbanner eine offenkundig politische Organisation sei. Es stehe unter staatlichem Schutz (Widerpruch). Ein Schülerverbot für alle politischen Organisationen sei kein unbilliges Verlangen. Der Minister hätte ein Wort ehrlider Enttäuschung über die Vorgänge in Konstanz finden und die Folgerungen ziehen sollen. Es sei nicht wahr, daß er eine unerhörte Hebe gegen den Gymnasialprofessor Säger getrieben habe.

Minister Keers erklärt, das Vorgehen der Interpellanten entspringe nicht pädagogischen Sorgen. Es sei völlig falsch und übertrieben, aus dem Konstanz Vorgang Folgerungen auf den Charakter des Reichsbanners zu ziehen. Hätte man die Sache nicht derart ausgenutzt, so wären nicht so giftige Früchte hervorgewachsen und wäre nicht zur Verschärfung der Gesetze beigetragen worden.

Als letzter Redner erklärt Abg. Wüchner (Zentr.), das Bild in Konstanz sei verfehlt gewesen, denn auch der Soldat in der Etappe sei nicht mehr hafenrein. Das Volk von draußen denkt kühler und darum richtiger. Es wisse, daß es gute und schlechte Offiziere, wie auch gute und schlechte Soldaten gegeben habe.

Der Mißtrauensantrag gegen den Unterrichtsminister wird mit 40 gegen 15 Stimmen bei zwei Enthaltungen (Kommunisten) abgelehnt.

Der Antrag, die Angehörigkeit von Schülern zum Reichsbanner zu verbieten, fällt mit 42 gegen 15 Stimmen.

Das Haus stimmt dann noch der Vorwegbewilligung von 125 000 M für die Hochwassererschädigten zu und nahm eine Mitteilung des Innenministers über die Verlängerung der Aufschubfrist für die Versicherungsleistungen nach Rußland zur Kenntnis.

Nächste Sitzung: Dienstag, 9 Uhr. — Schluß 19.15 Uhr.

Der Haushaltsausschuß des Landtags

beschäftigte sich mit einem Antrage des Staatsministeriums betr. die Hochwasser- und Unweterschäden. Der Ausschuß beantragt, der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ermächtigen, über die im Staatsvoranschlag für das Jahr 1928/29 vorgesehenen staatlichen Unterstützungen für im Jahre 1927 entstandene Unwetter- und Hochwassererschäden zur Leistung von Abschlagszahlungen an die Geschädigten bis zum Gesamtbetrag von 125 000 M vorweg zu verfügen.

### Neue Eingänge

Der Abg. Hertle (W. Ver.) setzt sich in einem Antrag für den Bau der Bahnhofs-Röhrlöhle-Gartheim und Osterburken-Messingen ein. Der Abg. Rüb (B.) hat einen Antrag eingebracht, betr. die Verwendung von Versorgungsamtsdienern im Reichs-, Staats- und Gemeindedienst.

Groß ist die Zahl der neu eingegangenen Gesuche. Darunter befinden sich solche der Stadtgemeinde Oberkirch und des Gewerbe- und Handwerkervereins E. B. Karlsruhe wegen der Gewerbesteuer, des Gemeinderats Gengenbach wegen Errichtung einer Luftaufschule baselst, des Kreisrates Weidenberg wegen der Staatsdotations an die Kreise. Der Bund zur Bewahrung jugendlicher vor Straftaten — Arbeitsgemeinschaft für erziehende Nachsorge — bittet um einen Staatszuschuß. An die 15 Eingaben aus den Kreisen der Beamten befassen sich mit der Befoldungsordnung.

Die Direktion des landwirtschaftl. Bezirksvereins Rastatt-Baden-Gernsbach beschäftigt sich in einem Gesuch an den Landtag mit der Milchwirtschaft, der Einfuhr von französischem Schlagschmalz und der Verbesserung der Murgumänderung in den Rhein. Der deutsche Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband fordert Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit und trägt außerdem Wünsche zur Berufsberatung und Unfallversicherung vor. Eine Eingabe des badischen Gastwirteverbandes behandelt das Konzessionswesen. Die Justizverwaltung ist Gegenstand einer Denkschrift des Bundes Deutscher Justizbeamter, Landesverein Baden, während der Verein der Deutschen Strafanstaltsbeamten Antrag zum Strafvollzugsgesetz gibt. Der Mieterverein Freiburg will die Aufrechterhaltung des Mieterschutzgesetzes.

### Kräppelkinderfürsorge

Trotzdem die Fürsorge für hilfbedürftige Minderjährige Pflichtaufgabe der Fürsorgeverbände ist, hat sich die Landesversicherungsanstalt Baden entschlossen, ihre freiwilligen Leistungen durch Duznahme der Fürsorge für Kräppelkinder mit sofortiger Wirkung auszubehnden. Berücksichtigt werden durch teilweise Übernahme der Verpflegungskosten, Gewährung von einmaligen Beihilfen zur Beschaffung von Heil- und Hilfsmitteln, wie Brotkrumen, Liegestühlen, Stuhlfußstühle, Kinder der inaltenderversicherungspflichtigen Bevölkerung bis zum Alter von 16 Jahren, welche an körperlichen Gebrechen, wie Klumpfuß, Hüftverrenkung, Verkrümmung der Wirbelsäule, Buckel, Fehlen von Gliedern usw. leiden, und wenn nach vorgelegenden ärztlich fachärztlichen Gutachten das Kind durch die vorgelegenen Maßnahmen mit überwiegender Wahrscheinlichkeit von seinem Gebrechen geheilt oder doch derart gebessert (entkrüppelt) werden kann, daß eine Berufsausbildung möglich ist, die es in den Stand setzt, später seinen Unterhalt ganz oder überwiegend zu verdienen. Außerdem können, wenn sich das Kind in einem mit Schulunterricht verbundenen Kräppelheim befindet, sogenannte Erziehungsbeihilfen und Beihilfen zur Berufsausbildung gewährt werden. Anträge auf solche Beihilfen sind zu richten an die Geschäftsstelle des bad. Kräppelkindervereins in Heidelberg, Rüd 79, von welchem auch Antragsformulare unentgeltlich zu erhalten sind.

### Die Räte im Besetzungsgebiet Rehl

Bei der Beratung des Ministeriums des Auswärtigen im Haushaltsausschuß des Reichstags behandelte der badische Reichstagsabgeordnete Dietrich die Schwierigkeiten im Württembergischen Rehl. Er verwies auf die Entstehungsgeschichte dieser Schwierigkeiten, auf das Hofenabkommen, welches den Rehlern Hofen zu einem erheblichen Teil stillgelegt hat, den Rehlern aber nicht zu umgehen war, da es im Verfall der Vertrag seine Grundlage hat. Er setzte auseinander, daß gerade das Rehlensgebiet durch die Trennung von Erwerbsfähigkeit für viele Arbeiter, Beamte und Angestellte verloren habe. Die Lage sei zur Zeit außerordentlich schlecht und werde besonders für die Landwirtschaft noch dazu weiter verschlechtert, daß in erheblichem Umfang französisches Fleisch herbeikommt, auf Grund des neuerdings abgeschlossenen deutsch-französischen Handelsvertrages, den in erster Linie der gegenwärtige Reichswirtschaftsminister Curtius zu vertreten habe. Es gäbe aber jetzt Mittel, um wenigstens für ein oder zwei Jahre über das Schlimmste hinwegzukommen, und das sei die Inangriffnahme einer großen Bauarbeit, nämlich der Inangriffnahme. Das Ministerium für die besetzten Gebiete soll mithelfen, daß dieses von dem Arbeitsministerium wohlwollend aufgenommene Projekt zur Durchführung komme. Dann würde man wenigstens für die nächsten Jahre die Arbeitslosigkeit mit Erfolg bekämpfen können. Die zahlreichen kleinen Wünsche der Gemeinden könnten aus dem Kulturfonds befriedigt werden.

### Die Notwendigkeit der Leistungsjudt

Auf der Generalversammlung der Kinderjugendgenossenschaft Rehl machte Veterinär Dr. Servatius, Freiburg, Ausführungen über die Notwendigkeit der Leistungsjudt.

Die Leistungsjudt ist heute der Stütz- und Angelpunkt des landwirtschaftlichen Betriebes. Wenn die Viehhaltung nicht so eingerichtet ist, daß sie getrigert ist, ist auch die Gesamtwirtschaft nicht getrigert. In der heutigen schweren Zeit können sich die Landwirte durch forcierten Futterbau und Sehung des Viehstandes einige Erleichterung verschaffen, weil sich eine ständig fließende Quelle durch den Milchverkauf erschließt. Eine gute Milch produziert jedes Jahre ihren Marktwert. Aber gut und reichlich füttern. Sparen am Futter ist Verschwendung. Ohne Probemelken gibt es aber keine Leistungsjudt. In Baden haben wir bis jetzt 40 Melkvereine. Der erste Verein wurde in Odelsheim bei Rehl gegründet. Durch die Milchleistungsprüfungen, die künftig mit den staatlichen Prämierungen verbunden werden, wird die Produktion gehoben, und das ist nötig; denn der Weg von Auslandsmilch durch die Städte muß mit der Zeit aufhören. Veterinär Dr. Servatius schließt auch in diesem Zusammenhang die Frage an, ob die Organisation des Milchabfahes nicht auch in das Aufgabenreich der Jugendgenossenschaften falle. Er befragte eine solche Organisation, die aber keine Kampforganisation sein dürfe, sondern eine lokale Arbeitsgemeinschaft mit den Städten.

Nachdem Bezirksleiter Dr. Huber, Rehl, über die Kosten der Milchleistungsprüfung gesprochen hatte, von denen 80% vom Staat und Kreis getragen werden, und von verschiedenen anderen Rednern die eminente Bedeutung der Milchleistungsprüfung auch für die Nachjudt unterstrichen wurde, war die Versammlung einstimmig mit der Erklärung einverstanden, daß die allgemeine Einführung der Milchleistungsprüfung heute die dringendste Aufgabe der Jugendgenossenschaften darstelle. Am Mai d. J. wird in Rehl eine staatliche und genossenschaftliche Zuchtviehschau und Prämierung abgehalten. Landesökonomierat Traut sprach u. a. auch von der schweren Wirtschaftslage innerhalb der Landwirtschaft. Weiter erwähnte man, daß der Kreis Offenburg die Verlegung der landwirtschaftlichen Winterschule in Rheinböschheim, die zu den schlechtesten im ganzen Lande gehört, nach Rehl erneut ins Auge gefaßt habe. Zum Schluß würdigte Bezirksleiter Dr. Huber die Verdienste des nach Karlsruhe verlegten Verbandsvorsitzenden, Dr. Schneider, der sich um die Jugendgenossenschaften große Verdienste erworben habe, und unterstrich, daß sie auch dem neuen Vorsitzenden, Dr. Schwörer, volles Vertrauen entgegenbringen dürfen.

### Gemeinde-Rundschau

Zur Frage der Erzeugermilchpreise teilt das Städt. Nachrichtenamt Mannheim mit: Wegen starker Anlieferung wurde der Erzeugerpreis frei Berlin für gefüllte Vollmilch auf 16,5 Reichspfennig, für Breslau frei Verladestation auf 16 Reichspfennig, frei München und Augsburg für gefüllte Milch auf 19,5 Reichspfennig, für ungefüllte auf 18,5 Reichspfennig je Liter festgesetzt. Der Erzeugerpreis für Milch in Oberschlesien beträgt zur Zeit 15 Reichspfennig, der Milchpreis für eine dreiprozentige Verarbeitungsanleihe 14,5 Reichspfennig. Der Weltmilchpreis in Oberbayern beträgt 16,75 Reichspfennig bei einer Tagesanlieferung von mindestens 800 Liter, und zweimaliger Anlieferung frei Mollerei. In Baden werden trotz gleicher Erscheinung Erzeugermilchpreise von 18—20 Reichspfennig je nach der Gegend mit Zufußlag, für größere Betriebe ab Stall oder frei Sammelstelle des Lieferants bezahlt.

Der Bürgerausschuß Seunfeld genehmigte die Umlage für 1927/28, die folgende Sätze vorzieht: vom Grundvermögen aus 100 M Steuerwerte 60 Pf, vom Betriebsvermögen von 100 Reichsmark 24 Pf und 4,50 M von je 100 M Gewerbesteuer. Hierin ist die Kreissteuer enthalten, die sonst nicht besonders erhoben wird. Mit 60 Pf Umlage hat die Gemeinde hier den Stand der Friedensumlage gehalten.

Der Bürgerausschuß Siegelhausen (bei Weidenberg) hat nach heftiger Kritik der Gemeindepolitik des letzten Jahres mit allen Stimmen der Demokraten und Nationalsozialisten, sowie des größten Teils des Zentrums, den Voranschlag abgelehnt.

Der Bürgerausschuß Waldorf (bei Wiesloch) hat die vom Gemeinderat vorgelegte Steuerliste, von jedem eingetragenen Steuerpflichtigen vier Prozent des Verfallenspreises erhoben wollte, mit 29 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Die Vorlage, die im Vorjahre erhobene Vorumlage von 1,30 M pro 100 M Steuerwert als endgültige Gemeindeumlage zu betrachten, fand Annahme. Die Festsetzung der Gemeindeumlage für das Rechnungsjahr 1927/28 wurde, da die Zeit zu weit vorgezogen war, von der Tagesordnung abgesetzt und soll in einer besonderen Sitzung beraten werden.

Die Bevölkerung Bruchsal betrug Ende 1927 16892 Einwohner gegen 16 469 Mitte 1925 und 16 750 Ende 1926.

Vom Weihenheimer Krankenhaus. In der Zeit vom 1. Januar 1927 bis jetzt wurden im Städtischen Krankenhaus in Weihenheim 939 Kranke behandelt und 361 Operationen vorgenommen. In den letzten 4 1/2 Jahren wurden circa 400 Patienten an Winddarm operiert, wobei kein einziger Todesfall vorfam. Es dürfte nur wenige Krankenhäuser mit einer Statistik geben, die 100 Prozent Heilungen aufweist. Im Weihenheimer Krankenhaus wurden seit dem Jahre 1919 7488 Kranke behandelt, davon 3014 operiert. Es steht auch in Erinnerung, daß nach dem Kriege die Rotes- und Pfeifbergfahr durch rechtzeitige Isolierungsmassnahmen seitens des Krankenhausarztes, Chefarzt Dr. Kauerer, erfolgreich bekämpft und unterdrückt wurde.

Abnahme der Wohnungssuchenden in Rehl. Durch die im Bau befindlichen Wohnungen für Zollbeamte auf der Kommissionsinsel und durch die Bauten des Handwerkerbauvereins dürfte die Zahl der Wohnungssuchenden in Rehl erheblich verringert werden. Nach Fertigstellung der im Bau begriffenen Wohnungen dürfte die Zahl der Wohnungssuchenden kaum mehr wie 50 betragen, eine Ziffer, die hoffentlich noch im Laufe des Sommers erheblich herabgedrückt werden kann.

Unzulässige Bürgermeisterwahl. In seiner letzten Sitzung hat der Bezirksrat die vor einigen Wochen abgehaltene Bürgermeisterwahl in Kotsenfeld i. Murgtal für unzulässig erklärt, weil bei der Wahlhandlung einige gesetzliche Vorschriften außer acht gelassen worden waren. Es wird also ein zweites Wahlgang stattfinden, bei dem für die gesamte Bürgerliche Vereinigung der Bauunternehmer Ouber kandidieren wird.

Die Kreisversammlung Willingen genehmigte den Kreishauptratsantrag sowie den Voranschlag der Kreispflegeanstalt Geisingen. An Kreisumlage werden erhoben 12 Pf aus dem Grundvermögen, 5 Pf aus dem Betriebsvermögen und 90 Pf aus dem Gewerbesteuer. Aus diesen Umlagen soll sich ein Steuerertrag von 317 485 M ergeben. In dem Geschäftsbericht, den der Kreisvorsitzende, Oberbürgermeister Lehmann, Willingen, erstattete, wurde vor allem betont, daß die Straßenausgaben von Jahr zu Jahr wachsen, ohne daß es bisher möglich gewesen sei, die Kraftwagensteuer auch den Kreisen und Gemeinden zuzulassen. Zur besseren Instandhaltung der Straßen ist ein Teil der Kreisumlage für die Instandhaltung der Kreisstraßen bereits geteert. Für die Instandhaltung sind 12 000 M eingestellt worden. Die neuen Kreisstationen für Wandererfürsorge sollen wesentlich reduziert werden. Der Besuch des neugegründeten Kreisjugendheimes in Geisingen läßt zu wünschen übrig. Für dieses Heim wurden 9000 M in den Voranschlag eingestellt.

Der Stadtrat Lörrach beschloß mit Rücksicht auf die zunehmende Erwerbslosigkeit die Kanalisation und den Ausbau der verlängerten Umfaß- und Hebelstraße als Nationalarbeit vorzunehmen. Ferner stimmte der Stadtrat dem Zusammenbruch der Sparkasse Lörrach und der Verbandsparlaments Haagen zu einer Bezirksparlaments Lörrach zu. Für die neue Bezirksparlaments lörrach sowohl die Stadt Lörrach wie die Gemeinden Haagen, Brombach, Hanningen und Zumringen Bürgerschaft. Der Bürgerausschuß der letztgenannten vier Gemeinden hat bereits dieser Zusammenfassung zugestimmt. Für die bisherigen Verbindlichkeiten haftet jede Sparparlaments und deren Bürgergemeinde für sich allein. Die Sparparlaments bei der Sparkasse Lörrach belaufen sich zur Zeit auf 1,8 Millionen Reichsmark, diejenige der Verbandsparlaments Haagen auf 600 000 Reichsmark. Ferner beschloß der Stadtrat, zur Ablösung schwerer kurzfristiger Schulden, die größtenteils zur Förderung des Wohnungsbauens verwendet wurden, eine langfristige Anleihe in Höhe von 1,5 Millionen Reichsmark aufzunehmen. Die von der Stadt aufgenommenen kurzfristigen Darlehen werden alle innerhalb eines Jahres noch fällig, so daß die Umwandlung in eine langfristige Anleihe notwendig wird. Verzinsung und Tilgung derselben soll aus den Einnahmen von Miete, Zinsen, Baudarlehen, und der Gebäudebesondersteuer erfolgen.

Gasfernversorgung von Säckingen. Nach langwierigen Verhandlungen mit der Stadt Säckingen ist es dem Gasfernverband endlich gelungen, die Zustimmung zum Einlegen der Ferngasleitungen in die künftige neue Landstraße, die sogenannte Umgehungsstraße, zu erhalten. Die Rohrlegung hat begonnen, so daß in etwa drei bis vier Wochen das Schlußstück der Fernleitung fertig und die Gaslieferung nach Waldshut möglich sein wird. Zwar muß daselbst noch ein Gasometer aufgestellt werden, jedoch kann die Gaslieferung bis auf weiteres auch ohne diesen erfolgen.

Zum Rheinbrückenprojekt Waldshut-Coblentz. Das Bürgermeisteramt Waldshut teilt dem „Zugader Volksblatt“ zur Frage des Rheinbrückenbaues Waldshut-Coblentz mit, daß die Brücke voraussichtlich noch in diesem Jahre in Angriff genommen werden könne. Die badische Regierung habe dem Wünsche der schweizerischen Regierung entsprechende die Initiative ergriffen und im Oktober einen entsprechenden Antrag auf Ausführung dieser Brücke an die schweizerische Bundesregierung richten lassen.